

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Herrn Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1500,
Zirkeloffiz:
Riesa Nr. 52.

Nr. 242.

Donnerstag, 16. Oktober 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 7 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag, feste Tarife. Besondere Rabatte erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Paul Löbe wieder Reichstagspräsident

Der Nationalsozialist Stöhr erster Vizepräsident des Reichstages.

Deutscher Reichstag.

abends, Berlin, am 15. Okt., 8 Uhr.

Die Tribünen und der Sitzungssaal sind heute ebenso dicht besetzt wie in der ersten Sitzung. Der Regierungsteil ist unbesetzt, während die Reichstagsbevollmächtigten der Länder in großer Zahl erschienen sind. Alterspräsident Gerold eröffnet die Sitzung, auf deren Tagesordnung als erster Punkt die

Wahl des Präsidenten.

der Vizepräsidenten und der Schriftführer steht. Der Alterspräsident verliest die Paragraphen der Geschäftsordnung, die sich auf die Präsidentenwahl beziehen. Abg. Dittmann (Soz.) schlägt die Wiederwahl des bisherigen Reichstagspräsidenten Löbe vor.

Abg. Rippel (Christl.-Soz. Volksdienst) verliest unter Lärm und Gelächter der Rechten folgende Erklärung: Wir Abgeordnete des Christl.-Soz. Volksdienstes sind mit einem großen Teil des Reichstages der Auffassung, daß das Ergebnis der Wahl vom 14. September eine Verschiebung der Machtverhältnisse nach rechts bedeutet und daß diese Tatsache bei der Zusammensetzung und dem Kurs der Regierung beachtet werden muß. Wir sind der Meinung, daß die Zusammensetzung des Vorstandes und auch des Präsidiums des Reichstages durch die gegenwärtig noch gültige Geschäftsordnung nach den §§ 8 und 9 zu regeln ist. Wir bedauern, daß diese Zusammensetzung des Präsidiums, die nach vielfältiger Uebung nach der Stärke der Fraktionen geteilt worden ist, zu einer parteipolitischen Machtfraße getrieben werden soll. Unsere rein sachliche Einstellung gebietet uns daher, in dieser mehr geschäftsbordnungsmäßigen denn politischen Frage uns an den Wortlaut und Sinn der Geschäftsordnung zu halten. Auch wenn die weltanschauliche und politische Einstellung des zur Wahl vorgeschlagenen von uns abgelehnt wird, folgen wir doch dem Willen der Mehrheit und Billigkeit.

Abg. Damm (Dp.) schlägt unter Hör!-Hör!-Rufen der Sozialdemokraten den Abg. Dr. Scholz als Reichstagspräsidenten vor.

Abg. Torgler (Komm.) erklärt, die Kommunisten würden als einzige antikapitalistische Partei in diesem Young-Parlament den Ruf nach der übrigen Parteien nicht machen. Sie würden auch nicht eine Loslösungserklärung abgeben wie die Nationalsozialisten. Für diese Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, sei es bescheidend, daß sie Scholz, Vertreter des Kapitals, zu ihrem Kandidaten wähle. (Lärm bei den Nat.-Soz., Weisheit bei den Komm.) Der Redner schlägt den Abg. Pieck (Komm.) als Präsidenten vor.

Abg. Dr. Fricke (Nat.-Soz.), der darauf das Wort nimmt, wird von den Kommunisten mit dem Ruf empfangen: „Der Wertheim-Besieger!“ Dr. Fricke erklärt, die Wahlergebnisse hätten den Sieg der antimarkistischen Front ergeben und vor allem der Sozialdemokratie eine vernichtende Niederlage beigebracht. Die Nationalsozialisten würden für den Abgeordneten Dr. Scholz stimmen, denn es würde dem bei den Wahlen bekundeten Volkswillen im Gesicht schlagen, wenn zum Reichstagspräsidenten der Marxit und Kriegsdienstverweigerer Löbe gewählt würde. — Die Sozialdemokraten, die den Redner dauernd durch lärmende Jurats unterbrochen haben, rufen bei seinen letzten Worten: Das mag der Stappendulle und Kriegsbrückenberger Fricke zu sagen!

Die Wahl des Präsidenten wird dann durch Namensaufruf und Stimmentafelabgabe vorgenommen.

Bei der Wahl des Reichstagspräsidenten wurden 556 Stimmen abgegeben, davon fielen auf Löbe (Soz.) 266, auf Dr. Scholz (Dp.) 179, auf Pieck (Komm.) 66 Stimmen, Graf (Thüringen) (Dn.) 41 Stimmen, 2 Stimmen waren ungültig. Die absolute Mehrheit von 278 Stimmen hat demnach keiner der Kandidaten erreicht und es muß Stichwahl zwischen den Abgeordneten Löbe und Dr. Scholz stattfinden.

In der Stichwahl wird Abg. Löbe (Soz.) zum Reichstagspräsidenten wiedergewählt mit 269 Stimmen. Für den Abg. Dr. Scholz wurden 209 Stimmen abgegeben, 77 Stimmen waren ungültig.

Das Abstimmungsergebnis wird von den Sozialdemokraten mit Händeklatschen, von den Nationalsozialisten mit Fui-Rufen aufgenommen. Abg. Dr. Scholz (Dp.) geht auf den neugewählten Präsidenten Löbe zu und gratuliert ihm.

Als Präsident Löbe seinen Präsidentensitz einnimmt, wiederholen die Sozialdemokraten ihre Beifallsgelübden. Der nationalsozialistische Abg. Straffer ruft dem Präsidenten Löbe zu: „Verzichten Sie auf Ihre Bezüge!“ Als Präsident Löbe das Wort zu einer Ansprache nimmt, redet Abg. Straffer weiter. In dem allgemeinen Lärm bleiben die ersten Sätze des Präsidenten unverständlich. Größere Ruhe tritt erst ein, als Präsident Löbe dem Alterspräsidenten Gerold herzliche Dankesworte widmet. Als er dann



Im Präsidium
des neuen Reichstages
gewählt:

zum Präsidenten der
frühere Reichstags-
präsident Löbe
(links), zum Vize-
präsidenten der
Nationalsozialist
Stöhr.



an alle Parteien die Mahnung zu sachlicher Mitarbeit richtet, ruft Abg. Dr. Goebels (Nat.-Soz.): „Sparen Sie sich doch Ihre Prüf!“ Einige Nationalsozialisten pfeifen.

Es folgt die Wahl des ersten Vizepräsidenten.

Abg. Dr. Fricke (Nat.-Soz.) schlägt den nationalsozialistischen Abg. Stöhr vor.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt unter dem Lärm der Kommunisten und Nationalsozialisten, seine Freunde würden für Stöhr gestimmt haben, wenn die Nationalsozialisten bei der Präsidentenwahl auch die Fraktionsstärke berücksichtigt hätten. Da das nicht geschehen sei, würden die Sozialdemokraten auch nicht für Stöhr stimmen. Der Redner schlägt den Abg. Esser (Ztr.) als Vizepräsidenten vor. Ein Nationalsozialist ruft: „Ihr Gefinnungsstumpen!“ Er erhält dafür den ersten Ordnungsruf im neuen Reichstag. Abg. Rippel (Christl.-Soz.) unterstützt die Kandidatur des Abg. Stöhr.

Abg. Torgler (Komm.) schlägt den kommunistischen Abg. Pieck vor. Er meint, die Nationalsozialisten hätten mit ihrer Kandidatur Dr. Scholz eine schwere Sünde gegen das Gedenkgesetz begangen. Als Torgler weitere Angriffe gegen die Nationalsozialisten richtet, rufen diese „Schluß!“ „Abtreten!“ und verüben einen solchen Lärm, daß Torglers Ausführungen unverständlich bleiben.

Auf Vorschlag des Präsidenten Löbe wird die Zettelwahl des ersten Vizepräsidenten in derselben Weise vorgenommen, wie sonst der Himmelpflug erfolgt. Dadurch wird wesentlich weniger Zeit verbraucht als beim Namensaufruf.

Während des Wahlaktes begibt sich Reichskanzler Dr. Brüning zum Präsidentensitz, um den Präsidenten Löbe zu begrüßwünschen.

Abgegeben wurden 584 Stimmen. Mit der absoluten Mehrheit von 288 Stimmen ist Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) zum ersten Vizepräsidenten gewählt, 171 Stimmen fielen auf den Abg. Esser (Ztr.), 67 auf den Abg. Pieck (Komm.), ungültig waren 8 Stimmen.

Die Nationalsozialisten begrüßen das Ergebnis mit Klatschen und Beifällen.

Als zweiter Vizepräsident wird dann der Abg. Esser (Ztr.) mit 127 Stimmen gewählt, 65 Stimmen fielen auf den Abg. Pieck (Komm.), 15 sind ungültig und versplittert. Für die dann folgende Wahl des dritten Vizepräsidenten schlägt Abg. Gerag (Dn.) den Abg. Graf (Thüringen) (Dn.), Abg. Dittmann (Soz.) den Abg. Dr. Pflieger von der Bayer. Sp. vor.

Bei dieser Wahl wurden 492 gültige Stimmentafel abgegeben, von denen 227 auf Graf-Thüringen (Dn.), 176 auf Dr. Pflieger (Bayer. Sp.), 66 auf Pieck (Komm.) und 21 auf v. Kardorff (Dp.) lauten, während zwei versplittert sind. Da die absolute Mehrheit von keinem Kandidaten erreicht ist, findet Stichwahl zwischen Graf und Dr. Pflieger statt. Sie ergibt die Wahl des Abg. Graf-Thüringen (Dn.) mit 231 gegen 200 Stimmen, die der Abg. Dr. Pflieger (Bayer. Sp.) erhält, während von den Kommunisten 67 ungültige Stimmentafel abgegeben worden sind.

Damit sind der Präsident und die drei Vizepräsidenten, die übrigens gleichberechtigt sind, gewählt.

Die Wahl der zwölf Schriftführer wird hierauf in einem Wahlgang vorgenommen. Das Resultat soll in der morgigen Sitzung mitgeteilt werden.

Auf der Tagesordnung steht weiter der sozialdemokratische Antrag, wonach die Diäten der Reichstagsabgeordneten sofort um 20 Prozent herabgesetzt werden sollen. Der Antrag verlangt außerdem eine Regierungsvorlage, durch die auch die Bezüge des Reichstagspräsidenten, der Minister und Ministerpräsidenten entsprechend gekürzt werden und die

Pensionen den Höchstbetrag von 12 000 RM. nicht übersteigen sollen.

Dieser Antrag und ähnliche von den Kommunisten, der Landvolkpartei und den Nationalsozialisten gestellte Anträge werden ohne Debatte dem Reichstagsrat und dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Gegen 8 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, 8 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen die Regierungserklärung und die von den Parteien zur Rotverordnung, zur Innen- und Außenpolitik gestellten Anträge, sowie der Kassenbericht.

Reichstagsrat des Reichstages.

Der Reichstagsrat des Reichstages trat nach der Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Präsidenten Löbe nochmals zu einer Sitzung zusammen, in der über die Bestellung der Vorsitzenden für die einzelnen Ausschüsse verhandelt wurde. Die Parteien haben geschäftsbordnungsmäßig je nach ihrer Stärke das Recht, den Vorsitz in den Ausschüssen nach deren Wichtigkeit zu beanspruchen. Die Sozialdemokraten haben für sich den Haushaltsausschuß, den Handelspolitischen Ausschuß und den Volkswirtschaftlichen Ausschuß in Anspruch genommen, die Nationalsozialisten den Auswärtigen Ausschuß und den Rechtsausschuß, die Kommunisten den Geschäftsbordnungsausschuß und den Beamtenausschuß, in welchem letzteren sie schon im vorigen Reichstag den Vorsitz hatten, das Zentrum den Sozialpolitischen Ausschuß und den Ausschuß für Verkehrsfragen; endlich die Deutschen nationalen den Steuerauschuß, den sie schon bisher durch den Abg. Oberthorn geleitet haben. Der Reichstagsrat wird in diesem Sinne dem Plenum Vorschläge machen. Die endgültige Entscheidung darüber steht dem Plenum zu.

70 Anträge liegen dem Reichstag schon vor.

Berlin. (Funkspruch.) Obwohl der Reichstag erst drei Tage verlammet ist, liegen doch bereits über 70 Anträge und Interpellationen der verschiedenen Parteien vor.

Die Nationalsozialisten fordern Einleitung der notwendigen Schritte zur Aufhebung des Verlaßter Vertrages und der darauf auf gebauten Tributverträge, weiter fordern sie Festsetzung des höchst zulässigen Zinsfußes auf 5 v. H., wovon mindestens 1 v. H. auf die Tilgung der Schuld zu verrechnen ist. Zu widerhandlungen sollen wegen Wucher mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft werden. Wer Geld oder andere Vermögenswerte im Auslande besitzt, hat dies dem zuständigen Finanzamt anzuzeigen, und auf Verlangen das Geld nach Deutschland zurückzuführen, widrigenfalls Bestrafung wegen Landesverrats eintreten soll. Wechsel dürfen nur diskontiert werden, wenn der Nachweis eines Warengeschäftes erbracht ist; alle Termin- und Blankogeschäfte an der Börse sollen verboten sein und der börsermäßige Handel mit Wertpapieren soll aufgehoben werden.

Die Kommunisten fordern den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich. Ferner fordern sie, daß Abgeordnete keine Diäten erhalten, wenn ihr Einkommen 8000 RM. übersteigt.

Die Konservative Sp. verlangt Verhandlungen über eine Revision des Youngplans.

Die Nationalsozialisten verlangen Aufhebung der Rotverordnungen des Reichstagspräsidenten.